



Wissenschaftsausschuss

46. Sitzung (öffentlich)

22. April 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:10 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Raphael Tigges (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
---	----------

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der AfD einvernehmlich
überein, die beiden Anträge der Fraktion der AfD, Drucksache
17/8583 und Drucksache 17/8099, gemeinsam zu beraten.

1	Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW <i>(beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])</i>	6
----------	--	----------

– Wortbeiträge

2	Medizinische Versorgung von Radiopharmaka in Nordrhein-Westfalen sicherstellen!	10
----------	--	-----------

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8583

– abschließende Beratung und Abstimmung

in Verbindung mit

3 Forschungskonzept in den Bereichen Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung muss in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8099

Stellungnahme 17/2343 – Neudruck
Stellungnahme 17/2356
Stellungnahme 17/2443

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/8583 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/8099 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD ab.

4 Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

14

Bericht
der Landesregierung

– mündlicher Bericht der Landesregierung

5 Verschiedenes

15

a) Corona-Epidemie-Hochschulverordnung

15

Bericht
der Landesregierung

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

b) Entwurf eines Verwaltungsabkommens 16

Vorlage 17/3194

Der Ausschuss nimmt den Entwurf des Verwaltungsabkommens zur Kenntnis.

c) Kirchliche Studienkollegs 17**d) Ausschusssitzungsplanung 2021 (s. Anlage 3) 17**

Der Ausschuss stimmt der Terminplanung 2021 einstimmig zu.

e) Der Wissenschaftsstandort NRW gerät deutschlandweit ins Hintertreffen – Landesregierung darf die Landschaftsarchitektur nicht im Stich lassen; Anhörung am 20. Mai 2020 17

Drucksache 17/8590

* * *

2 Medizinische Versorgung von Radiopharmaka in Nordrhein-Westfalen sicherstellen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8583

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Wissenschaftsausschuss am 12.02.2020)

in Verbindung mit

3 Forschungskonzept in den Bereichen Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung muss in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8099

Stellungnahme 17/2343 – Neudruck
Stellungnahme 17/2356
Stellungnahme 17/2443

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation – federführend –, den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, den Wissenschaftsausschuss sowie den Ausschuss für Europa und Internationales am 19.12.2019)

Helmut Seifen (AfD) erkennt ein antinomisches Spannungsverhältnis zwischen dem Sicherheitsbedürfnis von Menschen und anderen Bedürfnissen, die über die Kernenergie gedeckt werden, nämlich die Energiebeschaffung und die medizinische Versorgung.

Minister Pinkwart habe 2006 das Innovationsministerium geleitet und sein Statement zur Kernenergieforschung abgegeben. Da der Innovationsbereich inzwischen Teil des Wirtschaftsministeriums sei, liege die Federführung nicht im Wissenschaftsausschuss. Minister Pinkwart habe in einer Pressemitteilung vom 26. Juni 2006 ausgeführt, dass Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung erhalten und sogar ausgebaut werden müssten. Erst kürzlich habe er im Rahmen einer Plenarsitzung ausgeführt, dass das Hochtechnologieland NRW die Forschung und das Know-how behalten und daraus Gewinn schöpfen müsse. Um im Hinblick auf Endlagerung und Kernkraftsicherheit in

Europa mitzureden und nicht hinterherzuhinken, müssten die Forschungsmöglichkeiten erhalten bleiben.

Für verschiedene nuklearmedizinische Untersuchungen würden künstlich hergestellte Radioisotope benötigt. Diese müssten vorrätig gehalten werden. Derzeit produzierten in Europa nur noch vier große Forschungsreaktoren, die älter als 46 Jahre seien. Es drohe das Aus dieser Reaktoren.

Die Grünen zögerten den Bau des Forschungsreaktors in Bayern hinaus. Das sei von großer Tragweite und gefährde die Versorgungssicherheit stark.

Mit Blick auf die Corona-Epidemie sei klar geworden, was es bedeute, sich auf außer-europäische Länder zu verlassen. Versorgungsengpässe könnten schnell entstehen. Überlegungen, bestimmte grundlegende und existenzielle Dinge in Europa zu produzieren und vorrätig zu halten, habe nichts mit Abschottung zu tun. Das gelte auch für die Radioisotope.

Ähnlich verhalte es sich mit den Kernreaktoren. Die Menschen verbrauchten viel, wollten die Natur aber nicht schädigen. Auf diesem Gebiet seien in den letzten Jahrzehnten schon viele Fortschritte erzielt worden.

Leider habe sich in den 70er-Jahren keine sachliche Auseinandersetzung um den Energieträger Kernenergie entwickelt, sondern in Brokdorf und Wackersdorf habe es geradezu „Schlachten“ gegeben. Bis heute sei eine vernünftige Diskussion darüber in Deutschland sehr schwierig. In anderen Ländern sei dies anders.

In Deutschland werde teilweise panisch reagiert. Bei dem Unglück in Tschernobyl habe es sich um ein multiples Versagen gehandelt, das eigentlich gar nicht vorkommen könne. Aufgrund des Vorfalls habe Russland Know-how in die Forschung gesteckt und sei mittlerweile führend. Nach dem Unfall in Fukushima sei in Deutschland Panik geschürt worden, obwohl seines Wissens nach niemand direkt aufgrund des Reaktorunglücks zu Tode gekommen sei.

Laut Rainer Klute, ehemals Mitglied der Piraten, könne der Energiebedarf bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohleverstromung nicht gedeckt werden. Das wisse jeder.

Andere Länder planten bzw. bauten zurzeit insgesamt 55 Kernkraftwerke. Kernkraft stelle eine wichtige Technologie dar, in deren Forschung wieder eingestiegen werden solle. Dazu gehöre ein fairer Umgang miteinander.

Herr Klute sei aufgrund seiner Äußerungen in Netzwerken bedroht und beschimpft worden. So etwas gehöre sich nicht. Es gehe um eine sachliche Auseinandersetzung.

Die Anhörung habe die Notwendigkeit gezeigt, Forschungskompetenz vorzuhalten. Jülich sei einmal ein hervorragender Standort mit dem zweitbesten Institut weltweit gewesen.

Wenn Deutschland in Bezug auf Reaktorsicherheit mitreden und über Endlagerung sprechen wolle, dann werde ein solches Forschungszentrum benötigt.

Nicht vergessen werden dürfe, dass die noch existierenden Reaktoren längst veraltet seien. Mittlerweile gebe es völlig andere Reaktoren mit einer inhärenten Sicherheit, sodass ein Unglück wie in Tschernobyl nicht mehr vorkomme.

Eine Menge Brennstoff sei schon einmal genutzt worden – sogenannter Atommüll –, enthalte aber noch 95 % der Energie. Eine besondere Form von Kernkraftwerken könne diesen Brennstoff verwenden. Innovative Reaktorkonzepte würden ebenso benötigt wie Energiesicherheit.

Für die medizinische Versorgung seien Radioisotope erforderlich. Es biete sich an, die Forschung in Kernenergie im Hochtechnologieland Nordrhein-Westfalen zu etablieren und zu fördern.

Dietmar Bell (SPD) meint, der AfD gehe es nicht in erster Linie um Kernforschung, sondern um die Renaissance der Kernenergie in Deutschland. In Teilen seien die Ausführungen gerade instrumentell und – seiner Auffassung nach – moralisch höchst fragwürdig gewesen.

In der Plenardiskussion zur medizinischen Versorgung mit Radiopharmaka habe Herr Dr. Vincentz ausgeführt, er wolle nicht in Zeiten zurückfallen, in denen verschiedene Krebserkrankungen ein sicheres Todesurteil dargestellt hätten. Herr Dr. Blex habe in der gleichen Debatte geäußert: „Seien Sie dann aber doch so konsequent und sagen Sie: Wir lehnen das alles ab. Unsere Leute sollen wie früher an Krebs sterben.“

Die Plenardebatte habe die grobe Fehlerhaftigkeit des Antrags sehr deutlich gemacht. So werde darin eine Studie der OECD falsch zitiert. Ein Link, durch den diese Behauptung legitimiert werden solle, führe zudem nicht zum Ziel. Die beschriebenen Fakten seien schlichtweg falsch und dienten rein instrumentell dazu, Angst in der Frage der Versorgungssicherheit mit Radioisotopen zu schüren und um für die Renaissance der Kernkraft zu werben.

Die AfD biete Sachverständige auf, die sich selbst nicht als Sachverständige, sondern lediglich als sachkundige Bürger sähen und das Unglück von Fukushima zum Anlass nähmen, sich für die Kernenergie auszusprechen. Kein AfD-Vertreter habe die Chance wahrgenommen, mit dem Wirtschaftsausschuss nach Fukushima zu reisen. Dies sei bedauerlich; denn wer die Auswirkungen der Katastrophe vor Ort gesehen habe, argumentiere niemals auf die gezeigte Art und Weise.

Die Bemühungen der AfD zum Comeback der Kernkraft lehne die SPD ebenso wie die breite Mehrheit der Bevölkerung weiterhin komplett ab. Der Volkswille zähle in diesem Bereich offenbar nicht viel für die AfD. Was im europäischen oder weltweiten Kontext zur Kernenergie zitiert worden sei, sei grob fehlerhaft.

Deutschland habe seine Forschungskapazität in Karlsruhe und an anderer Stelle gebündelt. Nicht jedes Bundesland müsse in einer solchen Frage Kapazitäten vorhalten, wenn wenig Bedarf bestehe. Dies sei durch den Ausstieg aus der Kernenergie so.

Helmut Seifen (AfD) widerspricht, die Anträge schürten keine Ängste. Es gehe um überlegte Vorsorge. So liege beispielsweise seit 2012 offensichtlich ein Pandemieplan

vor, der laut Pressemitteilung von der jetzigen Bundesregierung gar nicht beachtet worden sei. Nun werde der Regierung seitens der Medien Schlamperei und Ignoranz vorgeworfen.

Solche Vorwürfe dürften sich nicht wiederholen, wenn dem Land Nordrhein-Westfalen in einigen Jahren die nötigen Radioisotope nicht mehr zur Verfügung stünden oder der Energiehaushalt zusammenbreche. Dabei handele es sich nicht um Fantasien oder Angstmacherei. Die Labilität der Netze sei im letzten Jahr deutlich geworden. Allein durch erneuerbare Energien könne die Energieversorgung nicht gesichert werden.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) betont, die Landesregierung stehe nach wie vor zum Ausstieg aus der Kernenergie. Die vorliegende Energieversorgungsstrategie sehe ein konsistentes Konzept für eine sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Energieversorgung vor.

Auch mit Blick auf die Forschung teile das Land Nordrhein-Westfalen die Auffassung, dass aufgrund des beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie ein Fokus der Forschungsarbeiten auf den Feldern Sicherheit, Endlagerung, Strahlenschutz und Rückbau sinnvoll erscheine. Im Übrigen habe das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Programm aufgelegt, das explizit die Sicherheits- und Entsorgungsforschung fördere. Es bestehe Konsens über die Notwendigkeit, diesen Teil der Forschung weiterhin zu betreiben.

Zu Radiopharmaka habe Minister Laumann in der Plenarsitzung im Februar erläutert, dass aus Sicht hiesiger Fachleute für ganz Europa aus heutiger Sicht, aber auch mittel- und langfristig kein Grund für Befürchtungen hinsichtlich eines Versorgungsengpasses für den medizinischen Bereich bestehe. Zwei der insgesamt vier in Europa befindlichen Anlagen, die derzeit die für nuklearmedizinische Untersuchungen benötigten Isotope herstellten, würden in den kommenden Jahren abgestellt und durch neue und modernere Anlagen ersetzt, die den künftigen Bedarf deckten.

Dr. Stefan Nacke (CDU) erklärt namens der CDU-Fraktion, die beiden Anträge ablehnen zu wollen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/8583 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/8099 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD ab.